

Das Wohnungsproblem ist heftiger als alle Propaganda

Zwei Drittel der Zürcher wollen die Hornbachsiedlung im Seefeld. Das ist angesichts der Kampagne der Gegner ein beachtliches Resultat.



Von Anita Merkt

Die Zürcher Stimmberechtigten haben sich klar für die Hornbachsiedlung ausgesprochen. Und das, obwohl SVP und FDP gemeinsam mit dem Hauseigentümergebiet viel Geld und Unlauterkeit in die Kampagne gegen den Bau von 122 gemeinnützigen Wohnungen im Seefeld gesteckt haben. Geschätzte 100'000 Franken haben sie für Plakate und Flyer gegen die «Luxuswohnungen auf Kosten der Allgemeinheit» investiert.

Doch die Mieten im Herzen des Schweizer Finanzplatzes haben Dimensionen erreicht, die es auch für Normalverdiener äusserst schwierig machen, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Das gilt für Singles und Paare ebenso wie für Familien. Neu vermietete Wohnungen im Seefeld können sich ohnehin nur noch Top- und allenfalls Doppelverdiener leisten. Doch was für das Seefeld gilt, gilt immer mehr auch für andere Quartiere. Jeder kennt jemand, der bei der Suche nach einer budgetgerechten Wohnung in Zürich allergrösste Mühe hat.

Die Bürgerlichen setzten auf Neid und Missgunst derjenigen, die sich keine Chancen ausrechnen, dereinst in eine der 122 Wohnungen in Seenähe einziehen zu können. Ihnen suggerierten sie, dass in die kommunale Siedlung ohnehin nur die «Klientel der Linken» einziehen darf. Doch wer einmal das Bewerbungsverfahren für eine städtische Wohnung durchlaufen hat, weiss, dass Parteizugehörigkeit und Wahlverhalten bei der Vergabe keine Rolle spielen.

Und doch hat die Kampagne der Gegner bei einigen verfangen. Für die Erhöhung des Anteils an gemeinnützigen Wohnungen stimmten im November 2011 76 Prozent der Bürger. Auch bei der Abstimmung über 99 städtische Wohnungen an der Kronenstrasse und die Rauti-Siedlung in Altstetten waren es jeweils mehr als 70 Prozent. Dafür, dass für die Hornbachsiedlung stadtweit jetzt nur 66 Prozent mit Ja stimmten, können sich FDP und SVP auf die Schulter klopfen. Doch das Abstimmungsergebnis zeigt auch, dass das Wohnungsproblem für zwei Drittel der Abstimmenden akut ist. Und dass sie sich auch nicht von einer teuren Hochglanzkampagne vereinnahmen lassen.